

Ein maßgeschneidertes Abkommen

Das Vereinigte Königreich ist ab dem nächsten Jahr assoziiertes Mitglied bei Horizon Europe.



Nach langen Verhandlungen haben sich die Europäische Kommission und das Vereinigte Königreich auf Konditionen für eine Assoziierung zu Horizon Europe geeinigt.

Anfang September haben sich die Europäische Union und das Vereinigte Königreich auf die Konditionen verständigt, unter denen eine assoziierte Mitgliedschaft beim Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe für den Rest der Laufzeit bis 2027 möglich wird: Ab Januar 2024 können britische Forschende und Organisationen an den Ausschreibungen teilnehmen und Mittel einwerben, auch für die Leitung von Projekten. Darüber hinaus beteiligen sich die Briten am Erdbbeobachtungsprogramm Copernicus, während sie bei der Kernenergie ihren eigenen Weg gehen.

Wegen des Brexits konnten sich Forschende im Vereinigten Königreich mit dem Start von Horizon

Europe im Februar 2021 zwar für die Förderung bewerben; im Erfolgsfall – zum Beispiel beim European Research Council – mussten sie aber entweder in ein EU-Mitgliedsland wechseln oder die Finanzierung durch ein britisches Pendant akzeptieren. Die Verhandlungen über eine Assoziierung liefen erst mit Abschluss des „Windsor Framework“ im Frühjahr wieder richtig an.¹⁾ Kurz darauf irritierte Premierminister Rishi Sunak die britische Wissenschaftsgemeinschaft mit der Vorlage des „Pioneer Programme“ als Alternative zum europäischen Forschungsrahmenprogramm.²⁾ Für die britische Regierung hatte ein finanziell lukratives Abkommen Priorität vor der Teilnahme an Horizon Europe.

Die nun ausgehandelten Konditionen stellen für beide Seiten einen guten Kompromiss dar. So verzichtet die EU auf die Beiträge Großbritanniens in den ersten drei Jahren der Laufzeit von Horizon Europe, aber die Briten zahlen bis 2027 im Mittel jährlich 2,6 Milliarden Euro für die Assoziierung und die Teilnahme an Copernicus. Wie bei allen anderen assoziierten Mitgliedern hängen die Kosten für Horizon Europe vom Abschneiden bei den Ausschreibungen

ab: Sollten die Forschenden von der Insel zwei Jahre in Folge mehr als acht Prozent mehr Geld einwerben, als eingezahlt wurde, wird der Beitrag automatisch angepasst; gleiches gilt, wenn 16 Prozent weniger Mittel ins Vereinigte Königreich zurückfließen.

Gleichzeitig hat das bereits mit dem Brexit ausgehandelte „Trade and Cooperation Agreement“ ermöglicht, dass das Vereinigte Königreich bei der Forschung zur Kernenergie eigene Wege geht und sich weder an Euratom noch an Fusion4Energy beteiligt. Die britische Regierung begründet diese Entscheidung damit, dass die britische Wirtschaft die drei fehlenden Jahre nicht ausgleichen könne. Dass dies auch für die Wissenschaft zutreffen könnte, befürchten einige mahnende Stimmen dies- und jenseits des Ärmelkanals, auch wenn die Erleichterung über die erzielte Einigung überwiegt. Damit diese in Kraft tritt, muss noch der Europäische Rat zustimmen, der die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten repräsentiert.

Kerstin Sonnabend

Kritik am Verhaltenskodex

Eine Überarbeitung des Verhaltenskodex der IAU stößt nicht nur auf Gegenliebe.

Im Juli dieses Jahres hat die Internationale Astronomische Union IAU einen überarbeiteten Verhaltenskodex veröffentlicht.¹⁾ IAU-Präsidentin Debra M. Elmegreen informierte die Mitglieder darüber per elektronischer Post – und erntete neben Zustimmung für das Update auch Kritik. Einige Passagen seien so schwammig formuliert, dass sie es bei entspre-

chender Auslegung ermöglichen, Belästigungen oder Beleidigungen nicht zu bestrafen.

Die Astrophysikerin Emma Chapman von der University of Nottingham teilt diese Befürchtung; sie bezeichnet sich als Aktivistin gegen Mobbing und für Gleichberechtigung. Konkret geht es in der Kritik unter anderem darum, dass der Kodex es auch als Form von Schikane ansieht, wenn Personen beschimpft oder diskriminiert werden, gegen die entweder der Verdacht besteht, dass sie selbst den Kodex verletzt haben, oder gegen die bereits eine Strafe für ein Fehlverhalten verhängt wurde. Weil das Dokument nicht genau ausführt, was

unter „diskriminieren“ zu verstehen ist, käme die Formulierung einem „Maulkorb“ gleich. Darüber hinaus seien Passagen über Strafmaßnahmen über die IAU hinaus kritisch zu sehen. Mit dem entsprechenden Blickwinkel ließen sich diese so interpretieren, dass es nicht angemessen ist, ein Fehlverhalten bei einer Veranstaltung der IAU auch an den Arbeitgeber der Beschuldigten zu melden.

Debra Elmegreen ließ die Vorwürfe nicht unbeantwortet: In einem weiteren Schreiben forderte sie Ende August dazu auf, den gesamten Kodex sorgfältig zu lesen und zu beachten, dass die Regeln in dieser Form nur für IAU-Aktivitäten gelten. Sie

1) PDF unter <https://bit.ly/3rr8jLU>

1) Physik Journal, April 2023, S. 12

2) Physik Journal, Juni 2023, S. 12

sollten nicht nur Opfer von Übergriffen schützen, sondern auch üble Nachrede verhindern helfen. Die kritischen Stimmen betonten daraufhin, dass sie der IAU keine Böswilligkeit unterstellen, sondern auf die Folgen aufmerksam machen möchten, die bei einer bewusst verdrehten Auslegung des Kodex drohen könnten.

Kerstin Sonnabend

Zu viel politischer Einfluss

Indien investiert einen Milliardenbetrag in seine neue Agentur für Grundlagen- und angewandte Forschung.

Anfang August hat das nationale indische Parlament die Einrichtung einer neuen Förderinstitution für Wissenschaft und Forschung verabschiedet. Die „Anusandhan National Research Foundation“ soll umgerechnet über eine Milliarde Euro pro Jahr in Grundlagen- und angewandte Forschung investieren.¹⁾ Viele organisatorische Details, etwa der künftige Sitz der Organisation, sind noch unklar.

Die Initiative geht auf den Bericht eines Beratergremiums für Wissenschaft, Technologie und Innovation von 2019 zurück, das direkt dem Premierminister Narendra Modi unterstellt war. Der Bericht enthielt die Kernaussage, dass Indien sowohl bei den Forschungsausgaben als auch bei der Qualität wissenschaftlicher Veröffentlichungen und bei Patenten deutlich hinter vergleichbaren Ländern zurückliege. An vielen indischen Universitäten fände überhaupt keine Forschung statt. Daher schlug das Gremium vor, eine unabhängige Agentur mit einer Struktur ähnlich der US-amerikanischen NSF zu etablieren. Finanziell sollte diese mindestens über ein Promille des indischen Bruttosozialprodukts verfügen, etwa zwei Milliarden Euro jährlich. Dieser Vorschlag fand viel Zustimmung in der wissenschaftlichen Community.

Umso kritischer fiel in diesem Sommer das Echo zum ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag aus. Zum einen

bleibt die finanzielle Ausstattung deutlich niedriger als erhofft. Zum anderen kann die neue Organisation weniger unabhängig agieren als etwa die NSF oder die Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft: Dem Verwaltungsrat steht der Premierminister persönlich vor; auch die Minister für Wissenschaft und Bildung üben hohe Funktionen aus. Die Aufsicht über die Förderagentur sollen sich das Wissenschaftsministerium und der nationale Wissenschaftsberater teilen. Laut Regierung kann sie die Förderagentur durch die enge Verzahnung direkter unterstützen. Kritiker weisen auf eine mögliche massive politische Einflussnahme hin – insbesondere wegen der zum Teil wissenschaftsfernen Positionen wichtiger Gruppen in Narendra Modis hindunationalistischer Regierungspartei.

Matthias Delbrück

Fusionsforschung fördern

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) will verteilt über die kommenden fünf Jahre 370 Millionen Euro mehr für die Fusionsforschung ausgeben. Dies gab Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger Anfang September

bei der Vorstellung des neuen Förderprogramms bekannt. Zusammen mit bereits vorgesehenen Mitteln für Forschungseinrichtungen stellt das BMBF damit bis 2028 über eine Milliarde Euro für die Fusionsforschung bereit.

Das neue Förderprogramm verstärkt die laufenden Aktivitäten des BMBF am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching und Greifswald, am Karlsruher Institut für Technologie und am Forschungszentrum Jülich. Es soll sowohl die Magnet- als auch die Laserfusion fördern.

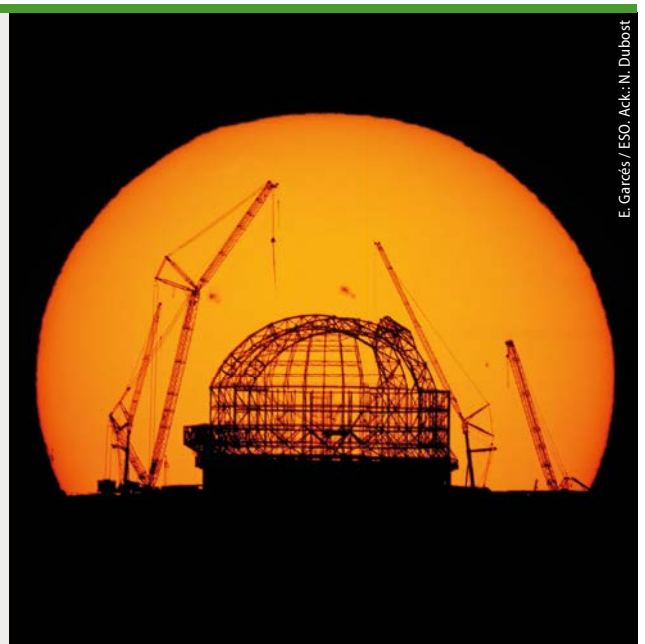
Geplant sind unter anderem Kooperationen mit der Privatwirtschaft, etwa für die lasergetriebene Fusion. So wird das BMBF über die Agentur für Sprunginnovationen SPRIND eine Tochtergesellschaft gründen, die Pulsed Light Technologies GmbH, über die in den kommenden fünf Jahren bis zu 90 Millionen Euro aus Mitteln des BMBF investiert werden sollen. Die Pulsed Light Technologies soll dabei in Kooperation mit der Privatwirtschaft die Entwicklung von Infrastruktur für die lasergetriebene Fusion voranbringen.

Das nun veröffentlichte Forschungsförderprogramm basiert auf dem im Juni 2023 vorgestellten Positionspapier Fusionsforschung des BMBF.

BMBF / Anja Hauck

Im Auge der Sonne

Die achtzig Meter hohe Stahlkuppel des Extremely Large Telescope (ELT) auf dem Cerro Armazones in Chile stand am 29. August im Zentrum der aufgehenden Sonne. Aufgenommen wurde das Foto vom 23 Kilometer entfernten Cerro Paranal, auf dem sich das Very Large Telescope der Europäischen Südsternwarte (ESO) befindet. Mitte Juli konnte die ESO Halbzeit bei den Bauarbeiten für das ELT feiern. Nach ihrer Fertigstellung wird die Kuppel 6100 Tonnen wiegen und durch 30 Millionen Schrauben zusammengehalten werden. Mit 39 Metern Hauptspiegeldurchmesser wird das ELT das weltweit größte optische Teleskop sein. (AH)



E. Garcés / ESO. Ack.: N. Dubost

1) „Anusandhāna“ bedeutet auf Sanskrit bzw. Hindi so viel wie „Forschung, Suche“.